



Resolution

Eingebracht durch die Vereinigten Staaten von Amerika

"Terrorismus als Verbrechen gegen die Menschlichkeit"

Der Menschenrechtsrat,

unter Hinweis auf die verstörenden Folgen von Terrorangriffen,

bedauernd, dass es keine allgemeine Definition von Terrorismus gibt,

darauf verweisend, dass Justizangelegenheiten der Souveränität eines jeden Staates untergeordnet ist,

bestürzt über die mangelnde Unterstützung bei der Schließung des Gefangenenlagers der Guantanamo Bay Naval Base durch europäische Staaten,

verweisend auf den Beschluss der EU, Häftlinge aus Guantanamo aufzunehmen,

hervorhebend, dass terroristische Handlungen häufig auf soziokulturellen wie auch auf religiösen Gründen beruhen,

hervorhebend, dass Terroristen sich für ihre grausamen Taten jederzeit zu verantworten haben,

1. empfiehlt dem Internationalen Gerichtshof die Eingliederung des Begriffes "Terrorismus" in das Gesetz für Verbrechen gegen die Menschlichkeit;
2. begrüßt die Wende der EU-Staaten, zukünftig Häftlinge aus dem Gefangenenlager Guantanamo in nationale Gefängnisse aufzunehmen;
3. bekräftigt die Fortsetzung der Abschaffung des Militärgefängnisses auf Guantanamo nach dem Beschluss der US-Regierung mit tatkräftiger Unterstützung der EU-Staaten;
4. fordert stärkere Sanktionen gegen Terroristen;
5. begrüßt nationale Lösungsansätze bei der Sanktionierung von Terroristen;
6. beschließt, mit der Sache befasst zu bleiben.